WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Feber 2019

4.März 1919-2019

100 Jahre Rechtlosigkeit
der Sudetendeutschen !

Inhalt:

01. 100 J. Märzgedenken (Mies. Karlsbad, Kaaden) S. 03
02. Vor dem Jahreswechsel – und danach S. 08
03. Churchill und der 70. Sudetendeutsche Tag S. 09
04. Personalwechsel in der Hochstraße S. 09
05. Das Wort des Vorsitzenden S. 10
06. Gericht entschied für die SL S. 10
07. Nach der Landtagswahl vom 14.10.19 (Slezak) S. 11
08. Ungarn: Verbrechen der Kollektivstrafe S.13
09. CR: Steuern auf die Wiedergutmachung S.13
10. Fürst Liechtenstein fordert Rückgabe S. 13
11. Der Rest ist Schweigen (Satire) S. 14
12. Brexit und Dexit S. 15
13. Der Tonfilmskandal 1930 S. 16
14. Wie man eine Volksgruppe mundtot macht S. 16
15. Das MA im Spiegel der Presse (1938) S. 18
16. Die Welt verstehen S.19
17. Erich Kästner und die Sudetendeutschen S. 20
18. Ein Lebens- und Dresden-Bedenken (Korkisch) S. 21
19. Ceterum censeo… (zum Völkerrecht) S.23
… und weitere Beiträge passim

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 62. Jahr!

Robert Coulondres Erkenntnisse

Berlin, 27.1.1939:
Robert Coulondre
mit Minist. Darré

Robert Coulondre war von 1936-1939 französischer Botschafter in Moskau und zieht einen interessanten Vergleich:
Dieses sowjetische Staatswesen sieht gewissen kapitalistischen Staaten verzweifelt ähnlich, besonders dem Staate Hitlers. Der Sowjetstaat ist sozialistisch-national, der Staat des „Führers" ist national-sozialistisch. Eine einfache Umstellung der Begriffe, die sich leicht erklärt. Hitler ging vom Nationalismus aus, um zum Sozialismus zu gelangen; Stalin ging vom Sozialismus aus und kam zum Nationalismus. Die Diktatur bezeichnet den Punkt, wo sie sich auf halbem Wege treffen. Das isï normal. Alle Diktaturen gleichen einander…
(Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936-1938, 1950, Seite 146)

Fundstücke:

1. Hans Dietrich Genscher, FDP-Vorsitzender und Außenminister, hielt Stalin für einen der „großen strategischen Köpfe seines Jahrhunderts". Daher sei auch die legendäre Stalin-Note des Jahres 1952 ernst gemeint gewesen (Spiegel, 10.11.18).
2. Nach fürchterlichen Schäden durch Borkenkäfer und Windbruch hat man den Böhmerwald weitgehend sich selbst überlassen, mit dem Erfolg, dass er sich in schönster Weise regenerierte (radio-cz, 13.11.2018).
3. Trotz pausenloser Schulreformen sinken die Schülerleistungen besonders in den Integrierten Gesamtschulen. Bessere Ergebnisse erzielt das nach den kognitiven Fähigkeiten der Schüler gegliederte Schulsystem, auch bei Schülern aus unterprivilegierten Schichten (FAZ, 15.11.2018, S. 6).
4. Es gibt weltweit nur vier Länder, die Restitutionen verweigern: Polen, Russland, Türkei, Tschechei.
5. Die CSR (1918-1938) galt als Flugzeugmutterschiff (Piere Cot) gegen Deutschland, denn die UdSSR hatte schon 1936 sechzig Bomber in der Ostslowakei stationiert (Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin, S.198).
6. Aus den Kirchenbüchern geht hervor, dass in Böhmen nach dem Dreißigjährigen Kriege auf drei (3) tschechische fünf (5) deutsche Familiennamen kamen (Lukas Beer, Hitlers Tschechen, S. 67).
7. Nach dem „Weißen Berg" (1620) ging es Wien mehr um die Katholisierung, als um die Germanisierung Böhmens. Deshalb war „Deutsch" in den Schulen des angeblichen „Völkerkerkers Österreich" bis zuletzt **kein** Pflichtfach. (Mitteilungsblatt des BZ Karl Klostermann Pilsen, Dez. 2018, S. 1).

100 Jahre Märzgedenken!

Vor 100 Jahren, am 4. März 1919, starben 54 Sudetendeutsche im Kugelhagel tschechischen Militärs. Sie waren Teilnehmer an einer friedlichen landesweiten Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht.

So also funktionierte Demokratie, wenn man sich erkühnte, für eines der wichtigsten Menschenrechte einzutreten! Eine schlechtere Reklame für diese neue Staatsform hätte es nicht geben können. Die Sudetendeutschen werden daher nie verstehen, dass man die Vorkriegs-CSR als *„Insel der Demokratie“* bejubelt.

100 Jahre Rechtsverweigerung

100 Jahre vergebliches Hoffen und Wünschen sind ein trauriges Ergebnis! War der Kampf aber sinnlos? Mitnichten, denn Einsatz für Recht und Wahrheit ist immer ehrenhaft und verdienstvoll. Das ist auch die Botschaft, die uns aus den Gräbern der 54 Toten erreicht!

Ganz anders aber bei den Rechtsverweigerern und ihren Helfershelfern. Bei ihnen wurde die Kluft zwischen Wort und Tat mit jedem der 100 Jahre größer und ihre Reden über Grundwerte und politisches Ethos blieben hohle und ehrlose Phrasen.

Was waren die Fakten?

Die Friedenskonferenz begann am 18. Januar 1919 in Versailles (Tag der Reichsgründung!) und damit auch das Tauziehen um die Friedensverträge. Den Völkern Österreichs hatte Präsident Wilson *„die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“* versprochen. Daher hatten die Sudetendeutschen keine Bedenken, die Welt mit einer Demonstration auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Der 4. März wurde ausgewählt, weil an diesem Tag in Wien der Reichsrat zusammentrat und die sudetendeutschen Abgeordneten aber an der Reise dorthin gehindert wurden. Zur landesweiten Kundgebung hatte der Sozialdemokrat Josef Seliger aufgerufen, und dieser Aufruf wurde in fast allen größeren Orten befolgt.

Josef Seliger (1870-1920)

Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf mehr als eine Million. Geschossen wurde in sieben Städten (Arnau, Aussig, Eger, Kaaden, Mies, Karlsbad, Sternberg). Die Begräbnisse der Toten wurden zu eindrucksvollen Trauerbekundungen der Bevölkerung.

Eine Entschädigung der Opfer lehnte der csl. Staat ab. Daher organisierten die Sudetendeutschen selbst eine Spendenaktion, um die schlimmste Not bei den Opferfamilien zu lindern. Die Koordination übernahm die damals noch deutsche Stadtverwaltung von Teplitz.

Massive Unterdrückung der Wahrheit

Demütigend wie die Schüsse war das Schweigen der Presse. Auch die sudetendeutschen Zeitungen hielten sich zurück, aber bei ihnen war das die Folge von Einschüchterung durch Zensur und Beschlagnahmen seit Kriegsende. So beschränkten sie sich auf Kurzmeldungen, die sie auf der dritten oder vierten Seite versteckten. Auch in den Folgejahren war es verboten, in irgendeiner Weise der 54 Opfer zu gedenken. Zuwiderhandlungen wurden von der csl. Justiz stengstens verfolgt, denn angeblich hätte es sich bei der Demonstration um einen staatsgefährdenden kommunistischen Aufstand gehandelt. Erst im März 1939, also nach dem „Anschluss“, war es möglich, Gedenkfeiern zu veranstalten.

Benesch hatte am 4.März 1919 sogar die Stirn, der (damals schon bestehenden) internationalen Grenzkommission in St.Germain zu melden, dass 99 (!) Prozent der Sudetendeutschen für den Verbleib beim neuen Staat einträten und nur einige Aufwiegler nach Selbstständigkeit riefen (Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, S. 263, Anm.).

Nach 1945 setzten sich die Unredlichkeiten fort. Besonders geschmacklos war der Vorwurf, man würde *„die 54 unschuldigen Opfer als nationale Märtyrer missbrauchen“* (Manfred Alexander, Kleine Geschichte der böhmischen Länder, S.398). Würde jemand wagen, solches von Jan Palach in Prag zu behaupten? An den Verfälschungen beteiligte sich auch der Adalbert-Stifter-Verein. Er druckte 1994 einen Vortrag des tschechischen „Historikers“ Milan Augustin ab, der sich nur auf die Protokolle tschechischer Offiziere stützte und die davon abweichenden deutschen Zeugnisse verschwieg (Sudetenpost, 23.2.1995). Augustin eiferte darin aber nur Prof. Detlef Brandes, Düsseldorf, nach, der sich in seinem Buch über den „sudetendeutschen Herbst“ 1938 ausschließlich auf die csl. Polizeiakten mit dem entsprechenden deutschfeindlichen Ergebnis stützte. Ist das Unvermögen, Naivität oder Bosheit?

Hier folgen die Berichte von den Ereignissen am 4. März 1919 in Mies, Karlsbad und Kaaden:

Der 4. März 1919 in Mies (Westböhmen)

Dankenswerter Weise gibt es von den Ereignissen des 4. März 1919 genügend Augenzeugenberichte. So schrieb Karl Hromada (†) über die Demonstration in der westböhmischen Kreisstadt Mies in „Land an der Miesa“, 1984, S. 49 ff., folgendes:

Die Monate vor dem 4. März:

„Schon vorher hatte sich bei uns allerhand ereignet. Am 18. 11. 1918 wurde unsere Stadt nach 5 Uhr morgens von tschechischen Soldaten besetzt. Sie kamen von Pilsen mit dem normalen Zug in fünf Waggons. Als erstes überwältigten sie die Bahnhofswache unserer Volkswehr. Dann formierten sich drei Gruppen. Die erste zog hinunter zum Brückenturm, dann über den Trauerberg zur Kaserne und besetzte diese. Eine zweite zog durch das Kupkatörl (kleine Pforte) und den Parkeingang zur Bezirkshauptmannschaft und überrumpelte dort ebenfalls unsere Volkswehr. Eine dritte Einheit, mit schweren Infanteriewaffen, kam durch die Prager Gasse zum Ringplatz und nahm dort Aufstellung. Dies alles vollzog sich im Schutze der Dunkelheit. Als es hell geworden war, begab ich mich zum Unterricht ins Gymnasium. Am Weg sah ich die Soldaten vor dem „Schwan“ (Gasthaus) und ging neugierig hin. Da kam ein Offizier auf mich zu, sah auf meinem Rockaufschlag mein schwarz-rot-gelbes Band, riss es herunter und trat mit den Füßen darauf herum. Meinem Banknachbarn Rubei passierte dasselbe. Am nächsten Tag zog unser Professor Purkl nach dem Turnunterricht bei der Oktava mit Fahnen gegen Techlowitz an der Kaserne vorbei. Sie wurden von den Tschechen gestellt und abgeführt. Unser Direktor Knobloch mußte eilends hinaus, um sie zu befreien. Als überall Plakate angeschlagen wurden, die verkündeten, daß die Stadt mit sofortiger Wirkung vom tschechoslowakischen Staat in Besitz genommen worden sei, stieß dies auf einhellige Ablehnung der Bevölkerung. Ein Fräulein Jahn riss verbittert ein Plakat ab. Dafür wurde sie von Soldaten fast krankenhausreif geschlagen. Wir aber hatten schon von den vierzehn Punkten Wilsons gehört, die allen Völkern Selbstbestimmung versprachen. Alle Völker Österreich-Ungarns hatten diese erhalten, nur uns Sudetendeutschen wollte man sie verweigern. Darum kam es am 4. März 1919 im ganzen Sudetenland, auch in Mies, zu den Demonstrationen.“

So verlief der 4. März 1919

„Wir Gymnasiasten wussten natürlich auch davon. Am Schulweg hörten wir schon, dass die Tschechen die Zugänge zum Stadtinnern abgesperrt hatten. Aber unsere Leute kamen eben über Feldwege herein. Gleich in der ersten Unterrichtsstunde ging der Schuldiener Debensky durch alle Klassen. Es wurde verlesen, daß wir uns während der 10-Uhr-Pause nur vor dem Schulgebäude aufhalten dürften. Als es läutete, stürmten wir wie noch nie hinunter. Vor dem Hotel Wiesinger sahen wir eine große Menschenmenge. Neugierig gingen wir nach vorn, immer weiter, immer weiter. Wir wussten doch, dass dort auch unsere Brüder und Väter standen. Und so waren wir, wie von einem Magnet angezogen, auf einmal vorne inmitten der Kundgebung. Als die Redner, die alle das Selbstbestimmungsrecht forderten, geendet hatten, formierte sich die Menge zum Demonstrationszug. Vorher hatte schon eine Abteilung tschechischer Soldaten vor dem Rathaus Aufstellung genommen. Eine andere Einheit stand in der Löwengasse. Unser Zug umrundete das Rathausviertel. Es wurden auch Lieder gesungen, zuletzt das Deutschlandlied. Da - wir waren gerade wieder vor dem Rathaus, schrie der Gendarmerie-Wachtmeister Jatschek: "Pal!" (Feuer) und schoss mit den Soldaten eine Salve gegen uns ab. Jatschek sprang hinter das Tor und verschloss dieses. Er wurde nie wieder gesehen, da er sofort in eine andere Stadt versetzt wurde. Von den Bäumen sahen wir Äste fallen, ein Zeichen, dass viele in die Luft geschossen hatten. Aber von vorne rechts hörten wir ein Wimmern und dann nichts mehr. Einige riefen: "Die Heller Rosl ist getroffen, Halsschuss, sie ist tot"! Aber auch hinten links

Mies, 4.März 1919, Senator Stark sprach am „Ringplatz“ vom Balkon des Hotels Wiesinger (x)

war Bewegung. Am Röhrkasten, bei der ersten Lampe, beugten sich Leute über einen Verletzten. Es war der erst vor kurzem aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Johann Luft. Er hatte einen Lungenschuss und wurde mit dem Auto nach Pilsen ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte waren jedoch machtlos, und er starb am folgenden Tag. Männer stürzten sich auf die Soldaten und entrissen ihnen im Nu die Gewehre. Parteisekretär Stark forderte sie aber auf, die Gewehre wieder zurückzugeben, was auch geschah. Stark sagte, daß unser Schicksal bei der Friedenskonferenz entschieden würde. Die Soldaten marschierten ab und ließen sich bis nach der Beerdigung der Opfer nicht sehen. Aber Mies trauerte, und wie. Sämtliche Lampen waren mit schwarzem Flor verkleidet und wer schwarze Fahnen hatte, hißte sie. Der Sarg mit Johann Luft war in der Kirche aufgebahrt. Die ganze Stadt beteiligte sich an beiden Begräbnissen. Die Schüler hatten schulfrei. Rosel Heller war eine Jüdin und erhielt ein jüdisches Begräbnis. Neben den beiden Toten gab es noch drei Verwundete.

Worte eines sog. Kirchenmannes: Nach den Schüssen in Mies sagte der tschechische Kaplan Pilz zu dem elfjährigen Hans Schneider: *„Das nächste Mal wird vom Bahndamm mit Kanonen auf die Stadt geschossen, dann könnt Ihr Euch auf den Ruinen Eurer Häuser ausweinen!“* *(“Land an der Miesa, 1981, S. 89)*

Wir stellten uns die Frage: "Warum wurde am 4. März auch in anderen Städten des Sudetenlandes geschossen? Gab es einen einheitlichen Befehl aus Prag?“ Die Gerichte und die Weltöffentlichkeit schwiegen dazu. Heute wissen wir, dass der 4. März 1919 nur ein Vorspiel für unsere Vertreibung war.“

Soweit der Bericht von Karl Hromada (†). Es folgt der Bericht aus Karlsbad.

Auch in Karlsbad hieß es „Pal!“ (Feuer!)

Die Vorgänge in Karlsbad wurden am 25.2.1951 im „Karlsbader Badeblatt“ geschildert. Zugrunde lag der im März 1919 angefertigte Bericht des Karlsbader Stadtrats, dessen Kopie gerettet wurde. Dort heißt es:

„Als Justitiar der Stadt hatte Dr. Stein am 12. 12. 1918 den Auftrag, einen Oberstleutnant Slezacek zu empfangen. Dieser war Kommandant einer Truppe tschechischer Soldaten, die mit einem mit Maschinengewehren bestückten Militärzug am Zentralbahnhof angekommen waren. Zuerst beschlagnahmte er 750 Kilo Brot für seine Leute, die sich dann singend und johlend zu ihrem Quartier, der Turnhalle in Fischern, begaben. Anderntags erklärte Slezacek vor dem Stadtrat und dem Bezirksnationalrat, „von Stadt und Bezirk Karlsbad Besitz zu ergreifen". Die Tätigkeit der Nationalräte und Ausschüsse sei einzustellen, die Volkswehr aufzulösen und alle Waffen abzuliefern.

Karlsbad im 19, Jahrhundert

Bürgermeister Dr. Pfeifer legte feierlichen Protest" ein: „Wir setzen der Gewalt keine Gewalt entgegen, wir ändern aber auch nichts an unserem nationalen Bekenntnis und unserer Stellung zu unserer Nation."

Damit wurde die Macht über die Kurstadt und ihre an Hunger leidende Bevölkerung „vorläufig" übernommen. Wilson hatte sein Versprechen der Selbstbestimmung schon am 18. 10. 1918 widerrufen, als er „eigenstaatliche Entwicklungen" einräumte. Benesch feierte dieses Zugeständnis als den „letzten Schlag gegen das Habsburgerreich".

Unter der Oberfläche gärte im Sudetenland aber eine Unzufriedenheit, die sich am 4. März 1919 zeigte, als Gewerkschaften und die Sudetendeutsche Landesregierung zu einer gewaltfreien Demonstration gegen das Verbot der Teilnahme an den Wahlen zur „Deutschösterreichischen Nationalversammlung" aufriefen. In Karlsbad strömten etwa 20.000 Menschen auf dem Becherplatz zusammen. Die Kundgebung war bereits beendet, als beim Abmarsch der Teilnehmer vor dem Militärbadehaus und dem als Kaserne dienenden Hotel „Trautwein" sechs Karlsbader im Maschinengewehrfeuer getötet wurden. Zeitzeugen sahen, wie die Soldaten an den Hotelfenstern ihre Gewehre luden und den ausgehungerten Deutschen unter höhnischen Zurufen Brot und Kuchen zeigten.“

Zusatz aus der „Karlsbader Zeitung" vom 10. März 1969: Wie zielbewusst das tschechische Militär die Verfälschung der Wahrheit betrieb, bezeugt der bei den Tschechen dienende deutsche Feldsanitäter Walter Hofmann, den man einsperrte, quälte und verprügelte, weil er sich weigerte, wahrheitswidrig auszusagen, dass die Deutschen zuerst geschossen hätten.

Auf der nächsten Seite folgt eine Dokumentation zum 4. März in Kaaden, wo mit 25 Toten die meisten Opfer zu beklagen waren:

Hier der Bericht über Kaaden:

Begräbnis der Märzgefallenen in Kaaden

Am 8. März 1919 steht eine unabsehbare Menschenmenge aus Kaaden und den umliegenden Orten an den offenen Gräbern der Märzopfer. Kranz reiht sich an Kranz, Blumen fallen auf die fünfundzwanzig Särge.

Einwohner Kaadens lesen die auf Tafeln bekanntgegebenen Namen der Opfer

Am Allerseelentage des Jahres 1919 ehrte die Stadt Kaaden das Andenken der Gefallenen durch eine Feier am Friedhof. Damals sagte der Abgeordnete und frühere Landeshauptmann Dr. Rudolf Lodgmann von Auen unter anderem:
Jeder Vater spreche mit seinem Sohne: *"Junge, vergiß mir die Märzgefallenen nicht.!"* Und jede Mutter mahne die Tochter: *"Kind, gedenke der Toten!"* Durch sie spricht der Geist der Geschichte und jenes unfassbare Wesen, welches der Menschen und Völker Schicksale lenkt.

Es gab auch ein „Kaadener Vaterunser", das zum Abschluss der Feier gesprochen wurde. Die späteren Totenfeiern wurden durch einschneidende Verbote fast unmöglich gemacht. Verboten waren das Hissen von Trauerfahnen, jede öffentliche Versammlung, Aufzüge jeder Art, Ansprachen, Musik und Gesangsvorträge. Trauergottesdienste und Kranzniederlegungen waren an bestimmte Vorschriften gebunden. Die Angehörigen der Märzgefallenen durften nur unter Gendarmeriebewachung die Gräber ihrer Lieben besuchen.

(Quelle: HP des Hkr.Kaaden)

Abbildung rechts:
Aufruf zur landesweiten Demonstration

Bild unten:
Ehrengrab in Kaaden mit 25 Särgen

Volksgenossen!

Am Dienstag, den 4. März l. J.,

als dem Tage des Zusammentrittes der deutschösterreichischen Nationalversammlung in Wien, wird in ganz Deutschböhmen und Sudetenland ein

allgemeiner Generalstreik

durchgeführt als Protest gegen die gewaltsame Verhinderung der Wahlen in diesen rein deutschen Gebieten durch die Tschechen, aber auch als Massenkundgebung gegen die mit der Notenabstempelung verbundene Zurückbehaltung der Hälfte alles Barvermögens durch den tschechoslowakischen Staat!

An diesem Tage ruhe jegliche Arbeit in Fabrik, Werkstätte, Geschäft, Kanzlei und Schulstube, damit der Welt die einmütige Empörung des ganzen deutschen Volkes im Sudetenland anschaulich vor Augen geführt werde! Deutsche Eltern, schickt an diesem Tage Eure Kinder nicht in die Schule! Deutsche Bürger, Arbeiter und Angestellte, Gewerbetreibende und Kaufleute, verleiht Eurer Erbitterung über die einschneidenden volkswirtschaftlichen, völkerrechtswidrigen Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung, die der Entscheidung der Friedenskonferenz vorgreifen, durch

allgemeine Arbeitsruhe u. Geschäftssperre am Dienstag, den 4. März 1919

deutlichen Ausdruck!

Sämtliche politischen Parteien des Sudetenlandes.

Termin für Märzfeier:
Zentrale Feier der SL in München am
10. März 2019, 14 Uhr,
in der Allerh.-Hofkirche

Die Opferliste vom 4. März 1919

	Name, Alter	Beruf	Ort
01	Anna Sachs, 41 J.	Brauereimeistersgattin	Arnau
02	Aloisia Baudisch, 16 J.	Arbeiterin	Arnau
03	Franz Jarsch, 60 J.	Fleischhauer	Aussig
04	Josef Christl, 18 J.	Student	Eger
05	Grete Reinl, 18 J.	Studentin	Eger
06	Erich Benesch, 30 J.	Spinnmeister	Kaaden
07	Andreas Benedikt, 46 J.	Bäcker	Kaaden
08	Ludmilla Doleschal, 26 J.	Näherin	Kaaden
09	Wilhelm Figert, 22 J.	Zimmermaler	Kaaden
10	Ferdinand Kumpe, 15 J.	Taglöhner	Kaaden
11	Karl Lochschmid, 11 J.	Schüler	Kaaden
12	Marie Loos, 54 J.	Hausfrau	Kaaden
13	Leopoldine Meder, 28 J.	Schneiderin	Kaaden
14	Oskar Meier, 16 J.	Lehrling	Kaaden
15	Berta Meier, 40 J.	Näherin	Kaaden
16	Hugo Nittner, 18 J.	Elektriker	Kaaden
17	Paul Passl, 18 J.	Mittelschüler	Kaaden
18	Franziska Paßler, 46 J.	Gerbersgattin	Kaaden
19	Theodor Romig, 17 J.	Mittelschüler	Kaaden
20	Anna Rott, 41 J.	Spenglersgattin	Kaaden
21	Julie Schindler, 17 J.	Hausgehilfin	Kaaden
22	Paula Schmiedl, 15 J.	Schülerin	Kaaden
23	Franz Schneider, 52 J.	Schuhmacher	Kaaden
24	Marie Stöckl, 23 J.	Arbeiterin	Kaaden
25	Ariane Sturm, 24 J.	Näherin	Kaaden
26	Karl Tauber, 14 J.	Schüler	Kaaden
27	Kath. Tschemmerhöhl, 49 J.	Arbeiterin	Kaaden
28	Aloisia Weber, 20 J.	Kanzleigehilfin	Kaaden
29	Josef Wolf, 51 J.	Tagarbeiter	Kaaden
30	Marie Ziener, 18 J.	Näherin	Kaaden
31	Rosa Heller, 24 J.	Private	Mies
32	Johann Luft, 28 J.	Bahnarbeiter	Mies
33	Michael Fischer, 37 J.	Arbeiter	Karlsbad
34	Alfred Hahn, 19 J.	Buchhalter	Karlsbad
35	Wilhelm Reingold, 52 J.	Kaufmann	Karlsbad
36	Ferdinand Schuhmann, 56 J.	Arbeiter	Karlsbad
37	Josef Stöck, 44 J.	Arbeiter	Karlsbad
38	Wenzel Wagner, 30 J.	Maurer	Karlsbad
39	Josefa Bolek, 37 J.	Arbeiterin	Sternberg
40	Otto Faulhammer, 18 J.	Schlosser	Sternberg
41	Matthias Kaindl, 16 J.	Lehrling	Sternberg
42	Hermine Kirsch, 37 J.	Arbeiterin	Sternberg
43	Alois Länger, 42 J.	Kutscher	Sternberg
44	Josef Laser, 80 J.	Pfründner	Sternberg
45	Rudolf Lehr, 16 J.	Dachdecker	Sternberg
46	Franz Meier, 36 J.	Bäcker	Sternberg
47	Amalia Neckel, 38 J.	Arbeiterin	Sternberg
48	Franz Prosser, 28 J.	Drechselgehilfe	Sternberg
49	Ferdinand Pudek, 56 J.	Arbeiter	Sternberg
50	Bruno Schindler, 68 J.	Arbeiter	Sternberg
51	Emil Schreiber, 18 J.	Schriftsetzer	Sternberg
52	Ed. Sedlatschek, 46 J.	Bediensteter	Sternberg
53	Josef Simak, 48 J.	Arbeiter	Sternberg
54	Richard Tschauner, 26 J.	Schneider	Sternberg

Vor dem Jahreswechsel - und danach

Gedenktage:

Die Flut der Gedenktage ist und war beängstigend, besonders im Vorjahr, 100 Jahre nach dem 1.Weltkrieg. Aber wer hat an diesen Tagen wirklich richtig nachgedacht?

Wer hat sich beispielsweise gefragt, wieso nach dem Ersten- ein Zweiter Weltkrieg kommen musste? Es lag an der Kurzsichtigkeit gewisser Staaten, die sich daran berauschten, die Welt weiter in Sieger und Besiegte einzuteilen. Es fehlte Solidarität unter den Demokratien, besonders zu den gerade entstandenen jungen Demokratien. Stattdessen quälte man die junge Weimarer Republik so lange mit Reparationen, bis sie ihren Geist aufgab. Auch die Tschechen, obwohl selbst noch in den Kinderschuhen, hieben auf Deutschland und Österreich ein, jedenfalls in der Tagespresse, wo es für beide nur Spott und Häme gab. Als Sieger führten sie sich auch den Sudetendeutschen gegenüber auf. Kein Wunder, wenn sich Gegenkräfte formierten.

Und heute? Gibt es heute eine Solidarität der Demokraten? Offenbar nicht. So kehrte Präsident Zeman mit geschwellter Brust den Sieger heraus, als er im September 2018 nach Potsdam zum Cecilienhof pilgerte. Was können da die Vertriebenen von Prag erwarten? Sie können nur mahnen: Demokratie erschöpft sich nicht im Auszählen von Stimmen. Sie bedeutet auch die Pflege eines gewissen Wertekanons. Was die Vertriebenen beitragen konnten, haben sie 1950 in der Stuttgarter Erklärung getan. Mehr geht nicht, denn alle Trümpfe befinden sich in der Hand der anderen.

Neue Identitäten:

Allenthalben suchen die Europäer nach neuen Identitäten. Angesagt sind Heimat und Nation. Kein Wunder, denn das, was heute Europa sein soll, ist ziemlich verpfuscht. Es ist wie beim Kommunismus. Der funktionierte auch nur, wenn alle Menschen Engel wären. Das Krebsleiden der EU war vom Anfang an die Unehrlichkeit. Man gaukelte den Völkern hehre Ziele vor, dachte aber nur an die Niederhaltung Deutschlands. Die alten Mauscheleien blieben. Dafür sorgen in Brüssel 15.000 (!) Lobbyisten. Nur um die Menschenrechte kümmert sich keiner, und schon kamen diese unter die Räder. Am krassesten 2004 bei der Aufnahme der Vertreiberstaaten.

Neue und alte Bücher:

Was jetzt kommt, liebe Leser, ist ziemlich aufregend: Welcher Ungeist hat eigentlich das Sudetendeutsche Haus erfasst? Warum landen sudetendeutsche Bücher in Müllcontainern vor der sudetendeutschen Kommandozentrale (sh. Bild!)? Wurde da Platz gemacht für das neue Buch des Vorsitzenden? Eher nicht, aber man hätte die Bücher paketmäßig an rege Ortsvereine verschenken können. Oder sind belesene Mitglieder unerwünscht? Und überhaupt, wieso schreibt der Vorsitzende ein Buch über Europa? Unser Thema ist das Sudetenland! Aber da sieht man wieder die Europalastigkeit der SL. Was wir benötigen, sind mehr Bücher über das den Sudetendeutschen zugefügte Unrecht, allerdings nicht in Mülltonnen, sondern in der Hand der Leser!

Den Bücherfrevel dokumentierte Lm. H.F.Schweitzer, München

Die gelben Westen

Die „Gelben Westen“ in Frankreich gingen wegen einer Benzinpreiserhöhung auf die Straße. Die gut verdienende Großstadt-Schickeria hatte vergessen, dass man sich Umweltpolitik auch leisten können muss. Ein Teil der Protestler leidet aber auch an der Stagnation der Politik. Da hat man nun alle denkbaren politischen Systeme ausprobiert und nichts hat die wirklichen Weltfragen gelöst. So tümpelt die Politik seit der „Wende“ vor sich hin wie ein Schiff mit Maschinenschaden und defektem Kompass. In dieses geistige Vakuum stießen Genderwahn, Inklusionsideologen, Windradfans, GEZ-Gebühren-Kraken, Glyphosat-Lobbyisten, PC-Blockwarte usw. hinein. Die sorgen für die Microaggressionen (Di Fabio, Spiegel, 29.12.18), die den Michel in der Summe hoffentlich nicht dazu führen, seine Zipfelmütze gegen die gelben Westen zu tauschen!

Vor 100 Jahren wurde Solschenizin geboren. Manchmal sehnt man sich nach einem deutschen Double, das sprachgewaltig eine Richtung vorgeben könnte oder wenigstens gegen den Gulag der Microaggressoren anschriebe. Oder genügt ein guter Nervenarzt?

Übrigens: Zehn Gelbe Westen kosten bei Amazon nur 29,90 €. *(F.V.)*

Churchill und der 70. Sudetendeutsche Tag

Der nächste Sudetendeutsche Tag (ST) ist der Siebzigste und findet in Regensburg statt. Der SL-Vorsitzende will ihn als Fest der Donauländer begehen. Man weiß aber nicht, ob das nur schwärmerische Habsburg-Seligkeit ist oder ob er etwas zu viel in den Konferenzakten der „Großen Drei“ von Teheran 1943 gelesen hat. Dort brachte nämlich Churchill plötzlich die Idee einer *Donauföderation* ins Gespräch. Ihr sollten auch die süddeutschen Staaten angehören, um Preußen zu isolieren. Stalin wollte wissen, ob auch Ungarn und Rumänien einbezogen würden. Churchill wich aus und warnte vor einem Europa aus lauter Kleinstaaten. Roosevelt hörte teilnahmslos zu, und man wechselte das Thema.

Churchill war während des ganzen Krieges auf den Balkan fixiert und forderte immer wieder die Eröffnung einer Balkanfront. Roosevelt und Stalin bestanden aber auf der Invasion an der Kanalküste, weil sie militärisch sinnvoller war.

Britische Geheimskizze 1888, aus: Karl Heise, Entente-Freimaurerei und Weltkrieg, 1920, S. 36 f. Karteneinträge: „Den Deutschen verbleibendes Gebiet“; „Nach dem prophezeiten Weltkrieg entstehender Donau-Balkan-Bund“; „Aus der Auflösung des russischen Staates aus Tschecho-Slowakei, Polen, Russen etc. hervorgehende Slawen-Konföderation“

Der lange Atem Englands

Man könnte Churchills Balkanidee als skurriles Hobby eines älteren Herrn abtun, wenn da nicht eine Geheimskizze aus dem Jahre 1888 wäre. Sie entstand im engeren Umfeld des Prinzen von Wales, des späteren Königs Edward VII., wo man seit 1887 Überlegungen für einen künftigen Krieg gegen Deutschland anstellte. Die Landkarte (sh. Bild anbei!) zeigt die Gestalt Europas nach der Niederwerfung Deutschlands. Eine fast identische Karte erschien 1890 auch in der britischen Satirezeitung „Truth“. Die Karte zeigt recht genau Churchills Donaustaat, natürlich mit Ungarn und Rumänien, und könnte 1943 in Teheran noch dessen Phantasie beschäftigt haben.

Und der Sudetendeutsche Tag?

Hat sich in das Sudetendeutschen Haus ein Wiedergänger Churchills oder gar des Prinzen von Wales eingeschlichen? Falls ja, wird er die Tschechen auch auf dem Umweg über die Donauländer nicht erreichen. Sie werden die Donau-Idee zwar begrüßen, denn solange man sich mit der schönen blauen Donau beschäftigt, denkt man nicht an das geschehene Unrecht. Im Übrigen zeigt die alte Geheimskizze, dass die Tschechen von der damaligen Balkanidee ausgeschlossen waren und der „Slawen-Konföderation“ zugeschlagen werden sollten. Und als die Franzosen später eine engere Zusammenarbeit der CSR mit den Donauländern anregten, wollte Benesch auch nichts davon wissen! *(F.V.)*

Personaländerung in der Hochstraße

In der Vereinszeitung der SL (2019, Folge 1, S. 5) gibt der bisherige Geschäftsführer der SL, Christoph Lippert, bekannt, dass er seine Position wegen Erreichens des Rentenalters aufgibt. Die zurückliegenden fünf Jahre seien für ihn *„eine Zeit wertvoller und beglückender Erfahrungen“* gewesen. Sein Nachfolger wird Andreas Miksch, von dem sich Lippert frischen Wind und neuen Schwung erhofft, zumal sich die Rahmenbedingungen verändert hätten und das falsche Geschichtsbild bei den Tschechen *„allmählich“* verschwunden sei.

Mit der Metapher vom frischen Wind dürfte der scheidende Geschäftsführer vielen Landsleuten aus dem Herzen sprechen. Nicht wenige hätten auch nichts gegen einen kleinen Orkan, der die dicke Isolationsschicht zwischen Hochstraße und Wirklichkeit wegpustet. Dann könnte auch der neue Geschäftsführer leichter feststellen, dass sich die *„Rahmenbedingungen“* für seine Arbeit keineswegs geändert haben und wir immer noch vor den ungelösten Fragen der Massenmorde, der Vertreibung, der Enteignung und schließlich der Annexion stehen.

„Fake News“ are followed by „Fake Laws“ and „Fake Diplomacy“
(Auf gefälschte Nachrichten folgen falsche Gesetze und falsche Diplomatie)

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Felix Vogt Gruber

Bernd Posselt kann einem fast leidtun. Da verbringt er jede Sitzungswoche auf eigene Kosten in Brüssel, schreibt ein Buch über Europa und legt für dessen Werbung tausende von Kilometern zurück. Und dann kommt er beim CSU-Listenparteitag für die Europawahl nur auf den praktisch aussichtslosen siebten Rang. Aber das ist Demokratie! Da gibt es, anders als in seinem SL-Verein, keine privilegierten Stimmrechte, und man kann auch nicht so lange abstimmen lassen, bis einem das Ergebnis passt.

So gesehen hält sich unser Bedauern in Grenzen. Viele haben sich ohnehin schon gewundert, wie jemand den Witikobund so verteufeln kann, obwohl er selbst Gründungsmitglied des Weikersheimer Kreises ist!

Lasst uns daher, liebe Kameradinnen und Kameraden, auch im neuen Jahr den geraden Weg gehen nach dem Spruch: *„Niemand kennt den Lauf der Dinge/ trotzdem streben wir voran/*
Was das Leben immer bringe/ packen wir es fröhlich an!

In diesem Sinne verbleibe ich, herzlich grüßend, Euer ***Felix Vogt Gruber*** *(1. Vors.)*

Unser Vorsitzender wird 60 Jahre!

In diesen Tagen (17.2.) vollendet unser Vorsitzender sein sechstes Lebensjahrzehnt. Dazu gratulieren ihm besonders die Mitglieder des Witikobundes, an deren Spitze er seit inzwischen sechs Jahren steht. Es war 2012 nicht leicht, Felix Vogt Gruber für dieses Amt zu gewinnen, denn er hatte bereits Verpflichtungen bei den Egerländern und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL). In letzterer führt er mit dem Bezirksverband Schwaben den zweitstärksten Einzelverband der SL überhaupt. Nebenher läuft noch die Leitung des Ortsvereins Gundelfingen mit fast 200 Mitgliedern und dem vorbildlichen Museum. Für seine Popularität spricht der Beiname *„Andreas Hofer von Schwaben“*. Diesen Ruf erwarb er sich ohne Zweifel, weil *„sein Denken nicht biegsam ist in der Brust“*. (Homer über den Recken Achill, Ilias, 24.Gesang). Für diese Prinzipientreue danken die Witikonen ihrem Vorsitzenden und wünschen sich von ihm ein „Weiter so“ in den nächsten Jahren!

Gericht entschied für die SL!

Wie bereits in der Novemberfolge des Witikobriefes 2018 (S.9) erwähnt, waren die von Kam. Gottstein geführten Prozesse gegen die SL in der Satzungsfrage wunschgemäß ausgefallen. Dennoch klagte ein anderer Landsmann auf eigene Faust weiter und erlitt eine Niederlage. Leider hat das Oberlandesgericht München am 27. Dezember 2018 die Berufung nicht angenommen, weil die Erfolgschancen zu gering seien. Widerspruch dagegen sei binnen drei Wochen möglich (und wurde eingelegt).

Das Gericht argumentierte, dass es einem Verein möglich sein müsse, seine Zweckbestimmung anzupassen, wenn sich *„die bei Vereinsgründung maßgeblichen Umstände im Laufe der Zeit ändern“*. Hier liegt aber der Denkfehler, denn *„die maßgeblichen Umstände“* haben sich seit Vereinsgründung ja offensichtlich nicht geändert! Nach wie vor wurden Annexion, Enteignungen, Vertreibung und Tötung vieler tausend Menschen nicht geahndet oder restituiert. Merkwürdig auch, dass für das Gericht sogar das Restitution fordernde Völkerrecht keine Rolle spielt!

Wenn sich das Gericht gegen diese Einwände immun zeigt, müssen die Sudetendeutschen damit rechnen, dass die SL-Führung quasi „zur Exekution schreitet“ und vom Registergericht die Anerkennung ihrer Satzungsversion verlangt. Es sei denn, die Hochstraße hört wieder auf die Stimme des „Volkes“.

Am Ende werden wir uns nicht mehr an die Worte unserer Feinde erinnern, sondern an das Schweigen unserer Freunde!
Martin Luther King

Nach der Landtagswahl vom 14. Oktober 2018

Mit der letzten Wahl in unserem Schirmland Bayern befasste sich dankenswerterweise unser Stellv. Vorsitzende, Johann **Slezak**. Der Witikobrief druckt seine wichtigsten Ausführungen ab. Dem offenen Brief an die Herren Söder und Aiwanger stellte Slezak einen Auszug aus der Koalitionsvereinbarung zwischen der CSU und den FW voran.

Aus der Koalitionsvereinbarung:

Seite 43 (von 60): Heimatvertriebene und Aussiedler bereichern unser Land mit ihrem kulturellen Erbe und verdienen unseren besonderen Respekt. Neben der Realisierung des Sudetendeutschen Museums in München gründen wir in Nürnberg ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland und prüfen ein weiteres für die Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen.

Seite 59: Wir wollen die internationalen Kontakte Bayerns in Europa und darüber hinaus weiter pflegen und ausbauen. Bayerns Entwicklung als Exportland mit starker eigener kultureller Identität ist nur denkbar mit einem weltoffenen Charakter und einer aktiven Wahrnehmung der Chancen in Europa und der Welt. Innerhalb Europas ist Bayern Brückenbauer zwischen Ost und West, gerade im Donauraum. Unsere gute Nachbarschaft zu Tschechien ist uns dabei besonders wichtig. Wegen der Besonderheit der gemeinsamen Geschichte kommt der Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen die EUREGIO-Zusammenarbeit fortsetzen.

Hier folgt der offene Brief (gekürzt):
Sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten,

danke, dass Sie uns, den Heimatvertriebenen und Aussiedlern, in der Koalitionsvereinbarung Ihren besonderen Respekt zollen und uns Museen und Kulturzentren in Aussicht stellen. Diese Vorhaben sind für uns erfreulich, aber zu dürftig. Der Kern der Sache ist die immer noch anhaltende Diskriminierung der Vertriebenen, besonders der Sudetendeutschen, durch völkerrechtswidrige Gesetze und Dekrete.

Bayern ist das Schirmland der Sudetendeutschen …. Sie haben damit eine besondere Verpflichtung für die Sudetendeutschen übernommen, die auch in der Schirmherrschaftsurkunde umrissen ist. Es genügt also nicht, die Sudetendeutschen zu musealisieren und weiteren Vertriebenengruppen Kulturzentren in Aussicht zu stellen, sondern die eigentliche Aufgabe der Schirmherrn ist es, alles zu tun, um die Ver-triebenen wieder ins Recht zu setzen. Für uns Betroffene, aber auch für alle Humanisten, Völkerrechtler, wie de Zayas, ist es geradezu ein Hohn, wenn im Koalitionsvertrag die gute Nach-barschaft mit der CZ geradezu gepriesen wird. Diese Nachbarschaft setzt sich über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit an 3.5 Millionen Sudetendeutschen, über die vielfachen Morde und Vergewaltigungen, nicht nur bei den wilden Vertreibungen, und den ungeheuren Landraub hinweg. Wenn die Repräsentanz des Freistaates in der CZ mit der Akzeptanz der tschechischen Rassegesetze und des Völkermordes an den Vertriebenen erkauft ist, ist das ein Bruch der Schirmherrschaft. Diese „großartige diplomatische Leistung“ der Bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Seehofer wird sicher bald mit dem höchsten Tschechischen Orden, dem „Orden des Weißen Löwen“ für besondere Verdienste, belohnt.

Satirisches Plakat von H.F.Schweitzer

Wie Sie wissen, sind die völkerrechtswidrigen, diskriminierenden Vertreibungsdekrete und das menschenverachtende Straffreistellungsgesetz in der CZ immer noch in Kraft, und das geraubte Eigentum bedarf noch einer Regelung.

Sie haben als Repräsentanten der „staatlichen Gewalt“ einen Eid auf die Bayerische Verfassung, aber auch auf das Grundgesetz, geleistet, dessen Artikel 1 und 2 lauten:
(1) *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
….. Der Schutz dieser Grundwerte, auf die Sie Ihren Eid geleistet haben, trifft auch auf das Verhältnis der Bayerischen Staatsregierung zu ihren Nachbarstaaten zu, wenn dort die Würde von Menschen immer noch verletzt wird, wie es bei CZ und SVK der Fall ist. Dort sind diese Völkerrechtsverletzungen sogar als Grundlage der staatlichen Existenz festgeschrieben, was gegen alle internationalen Normen und die EU-Grundwerte, verstößt. Der Rechtsstaat Bayern unterwirft sich damit, aus wirtschaftlichen Gründen, den Unrechtsstaaten CZ und SVK. ….
Jede Bayerische Staatsregierung war sich dieser besonderen Aufgabe bewusst. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat deswegen ein deutliches, bayerisches NEIN zur Aufnahme der CZ in die EU gesprochen. Obwohl sich weder das Grundgesetz noch die Bayerische Verfassung und schon gar nicht die Schirmherrschaftsverpflichtungen geändert haben, und die CZ und die SVK, kein Jota von den diskriminierenden Dekreten und Gesetzen abgewichen sind, hat der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer dieses Thema für beendet erklärt und Sie, Herr MP Markus Söder, scheinen diesen Weg, der eine Verletzung des Grundgesetzes und einen Treuebruch gegenüber den Vertriebenen darstellt, folgen zu wollen. Auch Sie halten anscheinend das Wählerpotential der Vertriebenen, das für die absoluten Mehrheiten der CSU gesorgt hat, für nicht mehr so bedeutend und meinen, nun diesen Schwenk gefahrlos für die Mehrheitspartei vollziehen zu können, zumal einige abhängige „Halbsudeten“ diesem Schwenk zustimmten. Die Folgen haben sich bereits bei den Wahlen gezeigt, wo viele Vertriebene alternative Parteien, vorrangig aber auch die Freien Wähler, gewählt haben.
Sie, Herr Aiwanger, haben damit eine besondere Verantwortung. Getreu Ihrer Zusagen in Neugablonz, sich für die „Ins-Recht-Setzung“ der Vertriebenen einzusetzen, haben Sie und Landtagsmitglieder Ihrer Partei die Unhaltbarkeit von Vertreibungsdekreten und Straffreistellungsgesetzen betont. Nun sind Sie mit an der Macht, und es wird sich zeigen, ob Ihre damaligen Beteuerungen nur leeres „Politikergeschwätz von gestern“ war….
Es war auch die Partei eines Dr. Edmund Stoiber, der einerseits gute wirtschaftliche Beziehungen mit der CZ herstellte, andererseits die Heilung der verletzten Rechte seines „Vierten Stammes“ kompromisslos einforderte. ….*)
Die neue Bayerische Staatsregierung könnte ihre Repräsentanz in Prag nutzen, um auf allen diplomatischen, aber auch wirtschaftlichen Gebieten, die Aufarbeitung der Vertreibung von der CZ zu fordern. Dann würde Bayern, den Anspruch, Schirmland der Sudetendeutschen zu sein, doch noch gerecht. ….
Handeln Sie getreu dem Sinnspruch von A. Lincoln:
„Nichts ist geregelt – was nicht gerecht geregelt ist.“……..
Johann Slezak (Sudenten-Bayer)

*) Radio Prag meldet am 8.2.19, dass der bayr.Staatsminister Florian Hermann bei einem Besuch in Prag die guten Beziehungen beider Länder lobte und Außenminiuster Petratschek sogar von „Flitterwochen“ mit Bayern sprach.

Vom „Listenparteitag“ der CSU am 24.11.2018 erreichte uns folgender Bericht:
Gestern wurde in München die Liste der CSU für die Europawahl am 26. Mai 2019 aufgestellt. Bernd **Posselt,** München, wurde auf den 7. Platz gewählt. Eigentlich stand ihm als Vertreter des achtgrößten Bezirks nur der 8. Platz zu. Doch nach einer Kampfabstimmung, die mit 195 zu 80 zu seinen Gunsten ausging, tauschte er mit dem Vertreter Unterfrankens, Christian Staat, die Plätze.
Dieses Aufrücken zeigt zwar, dass mit Posselt in der CSU immer noch zu rechnen ist, aber zum sicheren vierten Platz fehlt noch einiges. So wird er wohl auch weiter als selbsternannter „ehrenamtlicher Abgeordneter“ auf eigene Kosten zu jeder Sitzungswoche nach Brüssel eilen müssen.

Ungarn:
Vertreibung der Deutschen – ein Verbrechen der Kollektivstrafe

Als historisches Verbrechen bezeichnete der Stellvertretende Ministerpräsident Ungarns, Zsolt Semjén, die Vertreibung der Ungarndeutschen. Am Samstag, dem Gedenktag für die kollektive Vertreibung, sagte der KDNP-Politiker in Elek (Komitat Békés), die Regierung teile den Schmerz der von der Zwangsmaßnahme betroffenen Gemeinschaften. Offiziell sei von einer Aussiedlung die Rede gewesen, tatsächlich aber wurden „die Schwaben“, die seit Jahrhunderten ein Ethnikum im ungarischen Staat bildeten, abgestempelt, gedemütigt, ausgeraubt und vertrieben.
Semjén merkte an, bereits 1943 seien die Massenumsiedlungen durch die Großmächte beschlossen worden. Er beanstandete, dass jene Benes-Dekrete, die sich rein gar nicht mit der Grundrechtecharta der EU vereinbaren lassen, und mit denen Deutsche und Ungarn kollektiv bestraft wurden, Brüssel bis heute nicht störten.
Vom 19. Januar 1946 bis zum 15. Juni 1948 wurden rund 200.000 Ungarndeutschen in drei Wellen vertrieben.

Fürstenfamilie Liechtenstein fordert Herausgabe ehemaliger Besitzungen in Tschechien

Die Stiftung Fürst Liechtenstein hat den tschechischen Staat aufgefordert, früheres Eigentum des Fürstentums bis in sieben Tagen herauszugeben. Andernfalls würde geklagt (Presseagentur ČTK). Da die Frist nicht eingehalten wurde, wurde die Klage (nach den Worten des Fürsten „als Notlösung“) eingereicht. Es handelt sich um Grundstücke im Umfang von 60.000 Hektar, die vor allem mit Wald bestanden seien.
Die Fürstenfamilie Liechtenstein ist der Ansicht, dass sie nach 1945 in der früheren Tschechoslowakei zu Unrecht enteignet wurde. Dies war damals auf Grundlage der sogenannten Beneš-Dekrete geschehen. Die Fürstenfamilie und der tschechische Staat streiten bereits in zwei Fällen vor Gericht über Grundstücke. Hauptfrage ist dabei, ob Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein in den 1930er Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte.

Misswirtschaft

Das Schloβ Reinhardsbrunn (Friedrichsrhoda bei Gotha).wurde 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet. Auch nach 1990 wurde die Restitution an das Haus Sachsen-Coburg und Gotha verweigert. Der letzte Versuch der Rückübereignung scheiterte 2001. Russische Investoren kauften das Objekt 2008. Ein Jahr später nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Geldwäsche auf. Der russische Besitzer hatte das Schloβ mit Hypotheken in Höhe von fast zehn Millionen € belastet. Währenddessen verfällt die Immobilie, wird zur Ruine. Die Enteignung wurde am 10. Juli 2018 vollzogen, aber nun hat der Steuerzahler ein weiteres Sanierungsprojekt zu schultern. Es wäre nicht so weit gekommen, wenn man 1990 nach Recht und Gesetz gehandelt hätte.
(H.S in Corona, 13.12.2018) *(F.V.)*

CR: Steuern auf die Wiedergutmachung

Seit 2013 zahlt der tschechische Staat den Kirchen hohe Entschädigungen für die kommunistischen Enteignungen ab 1948. Nun hat das tschechische Abgeordnetenhaus eine Gesetzesnovelle für die Besteuerung dieser Zahlungen gebilligt. Dieses Gesetz verlangten die Kommunisten als Preis für die Tolerierung der Minderheitenregierung Babis. Vor Gericht wird es bald darum gehen, ob das Gesetz auch rückwirkend auf die bereits erfolgten Zahlungen angewendet wird und ob Wiedergutmachungs-gelder als Einkommen betrachtet werden dürfen.
Das Vermögen der katholischen Kirche in Böhmen war sehr ansehnlich, weil Ferdinand II im Jahre 1629 alle Säkularisierungen der letzten 80 Jahre, also seit 1549, rückgängig gemacht hat. Diese Maßnahme war seinerzeit sehr umstritten und vor allem kriegsverlängernd.

Vorsicht Satire!

Der Rest ist Schweigen

Der britische Spötter Oscar Wilde sagte, dass man die Menschen in Gerechte und Ungerechte einteilen müsse. Die Einteilung übernehmen dabei die Gerechten.
Einteilen und Ordnen ist das Kerngeschäft des Wissenschaftlers, also auch Immanuel Kants, des „Alleszermalmers“ aus Königsberg. Bei Kant ging es aber gleich um das *„Menschsein“*, das man nur solchen Individuen zuerkennen könne, die in der Lage sind, rational zu handeln. Da er diese Fähigkeit nur bei der „*weißen Race*“ weit genug ausgebildet sah, schickte er die „*Schwarzen*“ (Neger) sozusagen ins Abseits (FAZ, 20.12.18, S. 9). Unzählige Sklavenhändler dürften ihm dafür die Füße geküsst haben.

Auf den Spuren Kants

Ähnliche Huldigungen erwarten demnächst vielleicht den Alt-Achtundsechziger, Prof. Jürgen Habermas, denn sehr „kantisch“ unterscheidet er *„Vernünftige“* von *„Unvernünftigen“*, wobei letztere vom öffentlichen Diskurs ferngehalten werden müssten (JF, 21.12.18, S. 3). Aber woran erkennt man die Unvernünftigen? Ganz einfach, sie sind „rechts“ und im Besitz eines AfD-Parteiausweises.

Das leuchtete dem hessischen Landtag sofort ein, so dass er am 13. Dezember 2018 eine sog. „Lex AfD“ beschloss, um die „Unvernünftigen“ künftig besser bändigen zu können (UA, 15.1.19, S. 6).

Stolz der Sudetendeutschen

Natürlich ist es für die Sudetendeutschen kein Problem, in diesem hochphilosophischen Konzert mitzuhalten! Sie haben schon vor drei Jahren die „Unvernünftigen“ aussortiert und vom Diskurs ausgeschlossen, wobei jetzt nicht der AfD-Ausweis, sondern eher das gesunde Volksempfinden oder hilfsweise die Mitgliedskarte des Witikobundes als Kriterium dienten.

Rohrkrepierer?

Die Methode Habermas birgt allerdings auch ein Risiko. Sollte im Bundestag nämlich einmal gefragt werden, wie „rational“ und „vernünftig“ die Beschlüsse zu Glyphosat, Energiewende oder Feinstaubgrenze usw. sind, müssten vielleicht ganze Fraktionen aus dem Verkehr gezogen werden!
Aber auch hier kennen die Sudetendeutschen wieder eine elegantere Lösung! Sie erinnern sich an das Jahr 1920, als 73 deutsche Abgeordnete in das Parlament der neuen CSR eintraten. Von ihnen beherrschten nur sechs die amtliche Parlamentssprache Tschechisch. Da die Einrichtung eines Dolmetscherdienstes abgelehnt wurde, waren 67 Abgeordnete vom Diskurs ausgeschlossen. So, lieber Herr Habermas, sehen moderne Lösungen in Musterdemokratien aus!
Man könnte dem Deutschen Parlamenten also einen zentralafrikanischen Dialekt als Verkehrssprache empfehlen, und die SL-Bundesversammlung könnte wieder Tschechisch wählen. Dann wär` vielleicht endlich Ruh`, und wenn es das Glück mit uns besonders gut meint, finden dort bald nur noch Selbstgespräche des SL-Vorsitzenden statt. Und der Rest ist Schweigen.

Bevor Du daran denkst, die Welt zu ordnen, räume Dein eigenes Zimmer auf!
(Volksweisheit)

Der SL-Landesverband Bayern hielt seine letzte Vorstandssitzung in **Gundelfingen** ab. Damit würdigte er die Arbeit der dortigen SL-Ortsgruppe unter ihrem Vorsitzenden **Felix Vogt Gruber**. Der entsprechende Bericht in der Sudetendeutschen Zeitung vom 25.1.2019, Seite 10, hob zu Recht das von der Ortsgruppe hervorragend eingerichtete und mit Leben erfüllte Museum hervor. Bei dessen Besichtigung ließ es sich die 1. Bürgermeisterin von Gundelfingen, Frau Miriam Gruß, nicht nehmen, den Landesvorstand zu begrüßen.

Mitteilung der Buchhaltung

Wer seinen Jahresbeitrag nicht abbuchen lässt, erhält mit diesem Heft einen Zahlschein für den Jahresbeitrag. Das gleiche gilt für „Nur-Bezieher“ des Witikobriefes. Um rasche Erledigung wird gebeten.
Zur Bequemlichkeit hier noch einmal unser Bankkonto (steht auch im Impressum des Witikobriefes, Seiet 2): Witikobund e.V., HypoVereinsbank München, IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX. Steuernummer bei Spenden bis 200 €: Finanzamt Bad Homburg, 03 250 99235.

Brexit und Dexit

England schickt sich an, seinen zweiten „Brexit“ zu vollziehen. Den ersten legte es im Jahre 1534 hin, als es sich unter König Heinrich VIII. von der Papstkirche trennte. Das lag damals, siebzehn Jahre nach Martin Luther und rd. einhundert Jahre nach Hus, irgendwie im Trend.
Heute steht Großbritannien vor dem zweiten Brexit, doch viele halten das für eine irrationale Entscheidung. Aber fragen wir einmal umgekehrt. Ist es wirklich so rational, in einer EU zu bleiben, die ihre eigenen Regeln beliebig missachtet und eine Währungsunion ausruft, ohne dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen? Diese Fragen werden an Schärfe gewinnen, sobald der Brexit vollzogen ist. Bisher hat jeder Staat in Finanzfragen ein Vetorecht. Aber in allen anderen Fragen kann er mit qualifizierter Mehrheit überstimmt werden (55 % der Staaten mit 65 % der Einwohner). Bei diesem Modus hatten die nettozahlenden „Nordländer“ bisher eine Mehrheit. Ohne Großbritannien können sie aber bald von den überschuldeten „Südstaaten“ überstimmt werden.
„Rein zufällig“ bastelt man in der EU auch schon an der Ausweitung der o.g. Abstimmungsrichtlinien auf Steuerfragen, letztlich also auf Finanzfragen (FAZ, 23.1.19), so dass mit den Stimmen der überschuldeten „Südländer“ bald eine Schuldenunion, neue Steuern und neue „Finanztöpfe“ eingeführt werden können.

Kampf, Flucht oder Erstarrung.

In solchen Lagen gibt es nur drei Möglichkeiten**:** Kampf, Flucht oder Erstarrung. Deutschland dürfte wohl nur die Flucht, also der Dexit, bleiben. Ohne Deutschland ist aber auch die EU am Ende.
Wer hat aber diese Lage herbeigeführt?
Die Antwort überlassen wir dem Briten Nigel Farage. Er hielt der deutschen Kanzlerin, nachdem sie in Brüssel in einer 90-minütigen Rede eine Europäische Armee und eine Schulden- und Bankenunion sowie die gemeinsame Migrantenaufnahme befürwortet hatte, mit hämischen Worten den Spiegel vor:

Die Strafpredigt Nigel Farages:

„Frau Merkel, viele meiner euroskeptischen Kollegen hier haben Sie heute ausgebuht, aber das war vermutlich ein Irrtum. Die Briten sollten Ihnen vielmehr applaudieren, denn ohne Sie hätten wir nie den Brexit bekommen, und dafür möchte ich ihnen herzlich danken. Genau diese Euroskeptiker, ob von links, mitte oder rechts, werden hier nach den Europawahlen im Mai 2019 in riesiger Zahl Einzug halten, dank Ihrer Migrations- und Asylpolitik.
Ihr „Wir schaffen das“ hat eine riesige Migrantenflut ausgelöst, einen Ansturm übers Mittelmeer: Junge Männer aus sehr unterschiedlichen Kulturen, die niemals die Absicht hatten, sich hier zu integrieren. Junge Männer, von denen keiner je wirklich ein Flüchtling war. Wir haben uns das beim Brexit-Referendum angesehen und gesagt, mit dieser von Deutschland dominierten EU wollen wir nichts zu tun haben, und wir wollen ganz sicher nicht den Preis für Ihr Versagen zahlen, Frau Merkel. Nachdem ich Sie und in den letzten Tagen auch führende französische Politiker gehört habe, ist es für uns wirklich eine Befreiung, die EU zu verlassen. Man sagt uns, diese EU soll jetzt ein Imperium werden, mit einer eigenen Armee, diese undemokratische EU, die ihre Grenzen immer weiter nach Osten streckt, eine EU, die einen neuen Kalten Krieg gegen die USA ausgerufen hat, eine EU, die die Geschichte umschreiben will.
100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollten wir uns ernsthaft Sorgen machen. Man sagt uns, dass eine aufgerüstete EU irgendwie ein Friedensgarant sein soll. Da schlage ich vor, dass Sie alle nochmal gründlich drüber nachdenken. Vielleicht brauchen Sie alle noch ein bisschen Geschichtsunterricht. Die EU wurde nämlich gegründet, um der Übermacht Deutschlands entgegenzutreten. Doch was wir heute hier gesehen haben war ein eiskalter Putsch.
Der Brexit ist damit unumgänglich geworden. Was die anderen Länder angeht: Frau Merkel, Sie hatten eine lange, erfolgreiche Karriere. Aber Ihre Entscheidung zur Grenzöffnung war die schlechteste politische Entscheidung der Nachkriegszeit in Europa.
Frau Merkel, ist es nicht Zeit, dass Sie ihren Fehler endlich zugeben, ist es nicht Zeit, dass Sie sich bei den deutschen Bürgern und den Bürgern vieler anderer Gemeinden entschuldigen, und sagen, es tut mir leid, was ich euch angetan habe und die Probleme, die ich für viele Jahrzehnte verursacht habe?“

„Wir schaffen das“ ist eine neue Form deutschen Größenwahns.

Der oft vergessene tschechische Tonfilmskandal

Die jahrelange Unterdrückung der Sudetendeutschen in der CSR ist hinlänglich bekannt. Alle Beschwerden beim Völkerbund und anderen Autoritäten blieben ergebnislos.
Schließlich bemächtigten sich in den 1930er Jahren aber die deutschen Nationalsozialisten des Problems. Den Anstoß dazu lieferte der unglaubliche „Tschechische Tonfilmskandal“ im September 1930. Er beruhte auf der deutschen Erfindung des Tonfilms, der natürlich sofort die tschechischen Lichtspielhäuser eroberte. Da es damals aber technisch noch nicht möglich war, die Streifen zu synchronisieren, liefen sie notgedrungen in deutscher Sprache.
Das aber rief den tschechischen Mob auf die Straße, der die Besucher dieser „schandbaren“ – weil nicht in tschechischer Sprache gezeigten - Tonfilme verprügelte und deutsche Einrichtungen zerstörte. Die deutschen Tonfilmhersteller ließen sich diese Behandlung ihrer Hochtechnologieerzeugnisse nicht gefallen und riefen in Deutschland zum Boykott tschechischer Waren auf.

Von da an befand sich die Sudetenfrage auch in Deutschland „auf dem Radar“. Konrad Henlein sprach sich zwar bis zuletzt nur für eine innerstaatliche Autonomielösung aus, schlussendlich schickte die britische Regierung 1938 aber die „Runciman Kommission“ in die deutschsprachigen Gebiete, welche die Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung bestätigte und der britischen Regierung den Anschluss dieser Gebiete an das Deutsche Reich empfahl.

Wie man eine Volksgruppe mundtot macht

(Lehre für den gegenwärtigen Satzungsstreit)

Seit 100 Jahren verweigert man den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht. Korrekt wäre es gewesen, sie bei einer international beaufsichtigten Volksabstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst entscheiden zu lassen. Aber das gab es weder 1918/19 noch 1938 oder 1945. Leider wurde nach der Vertreibung auch die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland über die Köpfe der eigentlich Betroffen hinweg gemacht.
Doch es kam noch schlimmer. Mit der Zeit mussten die einfachen Mitglieder der Vertriebenenverbände sogar an der Standfestigkeit ihres eigenen Führungspersonals zweifeln. Das begann 1973 ganz harmlos im Sudetendeutschen Rat (SR) mit einem abweichenden Minderheitenvotum der SPD-Vertreter zum Prager Vertrag. Auch den Austritt von fünf namhaften Persönlichkeiten aus dem Witikobund 1986 (E. Kukuk, R. Vogler, O. Böse, D. Max, W. Egerter) muss man im Nachhinein als diesbezügliches kleines und unheilkündendes Wetterleuchten am Horizont werten. Offen zu Tage traten die Dissonanzen aber schließlich 1990.

Vertrauenskrise 1990

Als um die Jahreswende 1989/90 die Auflösung des Ostblocks abzusehen war, gab man sich auch bei den Sudetendeutschen schönen Träumen hin. Schnell entbrannte ein Streit um das Vereinsziel der Landsmannschaft (wie 2015!). Stein des Anstoßes war ein Artikel in der „Sudetendeutschen Zeitung“ (SuZ) von Dr. Rudolf Hilf. Er erschien am 26. Jänner 1990 und gipfelte in der Aussage *„Die Grenzfrage ist für uns erledigt“*, wobei sich der Autor auf die Rückendeckung durch die *„Spitze der Organisation“* berief. Vorsitzender und Sprecher der Landsmannschaft war damals Franz Neubauer (CSU). Wer sonst noch einbezogen war, blieb im Dunkel. Fest steht nur, dass der Präsident der Bundesversammlung, Minister a.D. Walter Stain, kein Vor- oder Mitwissen hatte (WBr.1990/2, S.1). Unter den Nebeninstanzen der Landsmannschaft konnte nur noch das Präsidium des SR als Unterstützer des Hilf-Artikels identifiziert werden.

Proteste allenthalben

Weder *„die Spitze“* der Landsmannschaft noch das Präsidium des SR entsprachen mit ihren Aussagen zur Grenzfrage der Gefühlslage an der Basis. Diese begehrte daher heftig auf. Beklagt wurde die selbstherrliche Entscheidung Weniger über die Köpfe der Mitglieder hinweg. Die Empörung war auch deswegen so groß, weil sie auch quer zur Beschlusslage der Gremien lag. So hatte die SL-Bundesversammlung erst am 11./12. November 1989 *„die sudetendeutsche Frage als Teil der deutschen Frage für offen“* erklärt. Dieser Beschluss war laut Roland Schnürch einstimmig gefasst

worden (LB, Rheinische Post, 30.1.1990). Mit einem scharfen Protest trat auch der SL-Bezirk Oberbayern hervor. Er sei als mitgliedsstärkster Bezirk der ganzen Landsmannschaft von dem Hilf-Artikel in der SuZ überrumpelt worden. Sein Inhalt stünde „*in krassem Widerspruch zu den Zielen der Landsmannschaft*“, und man müsse es *„kategorisch“* ablehnen, *„vor ernsthaften Verhandlungen … Positionen aufzugeben“* (LB Prohaska, Münchner Merkur, 7. Feber 1990).
Noch weiter drang Altsprecher Dr. Walter Becher zu des Pudels Kern vor. In einem Vortrag am 31, Jänner 1990 im Sudetendeutschen Haus betonte er, dass das Sudetenland 1938 kraft des Münchner Abkommens (MA) zum Deutschen Reich gekommen sei (WBr. 2/90, S. 6 f.). Diese Gebietsübertragung müsse erst in einem Friedensvertrag rückgängig gemacht werden, denn das MA sei nun einmal ein gültiger Vertrag gewesen. Darin stimme die Völkerrechtslehre überein, und das sei auch die Auffassung des britischen Außenministers, der 1968 im Unterhaus erklärte, dass *„ihrer Majestät Regierungen keine ungültigen Verträge zu schließen pflegen“.*
Dr. Becher kritisierte daher auch den Prager Vertrag von 1973, der das MA als von Anfang an für *„nichtig“* erklärte. Die völkerrechtlich korrekte Position dürfe man nicht aufgeben, da sie die Sudetendeutschen *„gegen die Legalisierung der Vertreibung schützt“*.
Darüber hinaus warnten auch viele „einfache“ SL-Mitglieder in Leserbriefen vor einer voreiligen Aufgabe von Rechtspositionen und pochten nachdrücklich auf das in der gültigen Satzung genannte Vereinsziel. Mehrfach wurde auch auf das „Wiesbadener Abkommen“ von 1950 verwiesen.

Lavieren bis 1997

Die Landsmannschaft schleppte sich in den Folgejahren irgendwie dahin. Dann erzwang Franz Neubauer (CSU) 1997 in der Bundesversammlung eine Satzungsänderung. Sie befolgte Vorgaben des Finanzministers Dr. Theo Weigels (CSU) und relativierte massiv die Restitutionsforderungen der Volksgruppe. Es kostete die Basis vier Jahre, bis die ursprüngliche Fassung der Satzung wieder in Kraft gesetzt war. Zu einer völligen Aufgabe der Leitidee der SL könnte es jetzt unter Bernd Posselt (CSU) kommen. Zunächst wollte dieser 2011 eine Satzungsänderung durch die Hintertür einschmuggeln, was aber der Witikobund rechtzeitig aufdeckte und damit verhinderte. Schließlich setzte er 2015 mit einem neuen Änderungsversuch zum „großen Sprung“ an. In dieser Phase befinden wir uns jetzt. Das bedeutet, dass sich die Volksgruppe selbst völlig rechtlos macht und nie mehr ihre Stimme gegen die ihre zugefügten Menschenrechtsverletzungen erheben kann.

Genosse Trend

Auf die Frage, wie es dazu kommen konnte, hilft der Hinweis auf den „Genossen Trend“. Diese ironisch verstandene Kunstfigur ist meist ein Kind der Medien und gibt es nicht nur in der SPD. Auch in den Reihen der Vertriebenen hat sie offensichtlich gute Arbeit geleistet. Wenn deren Amtsträger dann noch häufigen Umgang mit den Regierungsparteien pflegen oder gar deren Parteibuch haben, nehmen sie eine erstaunliche Flexibilität an, worunter nicht selten die Loyalität zur Volksgruppe leidet. Natürlich fehlt ihnen dann auch der Mut, die materielle Seite der Entrechtung anzusprechen. Sie ignorieren, dass die CR das enteignete Vermögen der Sudetendeutschen als Reparationsersatz Deutschlands betrachtet. Soll das aber alles zu Lasten der Vertriebenen gehen? Ganz richtig hat daher 1997 die Zeitung Lidove noviny geschrieben: Die Deutsch-tschechische Erklärung ist eigentlich nur eine Vereinbarung darüber, *„wie man das sudetendeutsche Problem umgehen kann, damit es nichts kostet“*
Die Entmündigung der Sudetendeutschen ist basisfern, rechtswidrig, geschichtsvergessen und vor allem ehrlos. Das anpasserische Verhalten der SL-Führung führt mehr und mehr zur Legalisierung der Vertreibung. Das passende Schlusswort dazu sprach der Dichter:

Denn gemächlich und ersprießlich
Ist`s, im Troß der Macht zu laufen,
Immer nur durch off`ne Tore,
Immer mit dem großen Haufen.
F.W.Weber, Dreizehnlinden

Die Fremde ist herrlich, solange es eine Heimat gibt, die auf uns wartet.

Das Münchner Abkommen im Spiegel der Presse

(eingesandt von Dr. Jürgen Mohn)

♦*„Die schändliche Behandlung der nationalen Minderheiten muss im Interesse des Friedens beseitigt werden, wie auch mit der Beneschclique abgerechnet werden muss."*
„Het Nieuwe Nederland", Amsterdam, Januar 1938)

♦ *„Die deutsche Volksgruppe hat unzweifelhaft einen wirklichen Grund zur Klage. Unzufriedenheit und Abneigung bestehen unter der ganzen deutschen Bevölkerung. Das ist eine harte und eindeutige Tatsache. Selbst wenn es keinen Adolf Hit1er oder kein Deutsches Reich gäbe, würde das für die tschechoslowakische Republik von Bedeutung sein."* („Daily Herald", 22. März 1938)

♦ *„Die Beschwerden der Deutschen in der Tschechoslowakei sind keine imaginäre Sache. Es gibt eine Minderheit von mehr als dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen*."
(„Daily Telegraph", 22. März 1938)

♦ *„Es gibt keinen zweiten solchen Staat in der Welt. Die Tschechoslowakei umfasst gegen fünfzehn Millionen Einwohner verschiedener Nationalität. Es besteht da vor allem eine deutsche Minderheit von dreieinhalb Millionen, die niemals das Versailler System anerkannt hat und niemals anerkennen wird. Im Jahre 1919 wurde politische Gleichheit nach Schweizer Grundsätzen versprochen. Dieses Versprechen ist niemals erfüllt worden. Es muss erfüllt werden, und zwar vollständig, sonst wird keine Streitmacht der Welt unter den bestehenden Verhältnissen den so zusammengesetzten Staat aufrechterhalten können."* („Observer", 28. März 1938)

♦ *„Die Politik der Tschechen ihren Minderheiten und besonders den Deutschen gegenüber ist nicht nur vom europäischen Gesichtspunkte sehr beklagenswert, sie ist auch sehr kurzsichtig."*
(„Untensikskronikk", Oslo, 4. April 1938

♦ *„Alles, was man wird sagen können, ist, dass die Tschechen wahrscheinlich besser getan hätten, wenn sie ein wenig früher Entgegenkommen bewiesen und die nötigen Konzessionen gemacht hätten, ehe die Forderungen der Sudetendeutschen erhoben wurden. In dem Stadium, in dem aber jetzt die Dinge gediehen sind, ist es offenbar, dass halbe Maßnahmen nicht mehr ausreichen."*
(„L'Action Française", 19. April 1938)

♦ *„Selbst der Name der tschechoslowakischen Republik ist eine Lüge, weil man unter der Bezeichnung „Republik" eine freigewählte Regierung und das Fehlen von Klassenunterschieden versteht. Es existiert aber auch keine Volksgruppe mit dem Namen „Tschechoslowaken". Die Begründer der Tschechoslowakei missbrauchten die Versprechen, die sie im Jahre 1919 den Verbündeten gaben . . . Die Tschechoslowakei hat keine Existenzberechtigung und wurde lediglich von einigen tschechischen Politikern geschaffen, die von persönlichem Strebertum und Hass gegen Österreich erfüllt waren."* ("The American Mercury", New York, Mai-Nummer 1938)

♦ *„Die Fehler, die die Prager Regierung begangen hat, rächen sich jetzt grausam. Heute verspricht man viel mehr, als was bei rechtzeitiger Gewährung die dauernde Zufriedenheit des deutschen Volkes sichergestellt hätte."* („Le Peuple", Brüssel, 21. Mai 1938)

♦ *„Nach zwanzig Jahren der Legenden wurde unser Volk vor die schreckliche, raue Wirklichkeit gestellt.... Zwanzig Jahre lang wurde es als nationaler Verrat bezeichnet, wenn jemand die Kühnheit besaß, auf die Zweifelhaftigkeit dieser Legenden zu verweisen. Heute zeigt es sich, dass kein Volk von Legenden leben kann."* („Narodnie Noviny", 23. September 1938)

♦ *„Es ist weiter nichts geschehen, als dass man von der Tschechoslowakei eine Bevölkerung abgetrennt hat, die ihr niemals hätte ausgeliefert werden sollen und auf die sie keinen moralischen Anspruch erheben konnte."* („Times", 5 Oktober 1938)

♦*„Den Sudetendeutschen ist durch das Münchener Abkommen Recht wiederfahren."*
(Winston Churchill in „Züricher Zeitung", 24. Oktober 1938)

Die Welt verstehen

1. Den ersten Brexit übten die Briten schon 1534, als sie sich mit Heinrich VIII. von der Papstkirche trennten.
2. In Deutschland gibt es rd. 55 Mio Autos, die täglich rd. 2 Mrd. Kilometer oder 50.000 Erdumrundungen zurücklegen. Das sind pro Auto täglich fast 40 Kilometer (Netz).
3. Die staatlichen Subventionen für die erneuerbaren Energien (Wind, Sonne) betragen jährlich mehr als 17 Mrd. Euro. Um etwa den gleichen Betrag stiegen für den Normalverbraucher auch die Stromkosten. Umgelegt auf 80 Mio. Einwohner ergibt das eine Mehrbelastung von mindestens 400 Euro pro Person jährlich (FAZ, 21.12.18).
4. Der Heinz-Rühmann-Film „Die Feuerzangenbowle“ wurde am 28.Januar 1944 uraufgeführt. Die Rechteinhaberin ist die AfD-Politikerin Dr. Cornelia Meyer zur Heyde, Münster (JF, 21.12.2018, S.15).
5. Zu Sylvester wurden in Deutschland Feuerwerkskörper für 130 Mio. € verschossen. Das ergab 4.500 t. Feinstaub, was dem Ausstoß aller deutschen Autos in zwei Monaten gleichkommt. Absurder Trost: Demnächst werden die Innenstädte für Diesel-Autos gesperrt (ARD-Tagesschau, 28.12.18, 20 h).
6. Der deutsche Historiker Manfred Alexander (Köln) berichtet am 29.12.2018 in Radio Prag: „Ich weiß von einem tschechischen Kollegen, dass ab 1919 tschechische Produkte über den tschechischen Freihafen in Hamburg ausgeführt wurden, aber vorher noch den Stempel: ‚Made in Germany‘ erhielten.“
7. Der tschechische Staatshaushalt für 1929 subventionierte die Theaterbühnen des Landes mit 5,9 Mio. Kronen. Auf die 25 sudetendeutschen Bühnen entfielen davon 2.000 Kronen oder 0,34 %, was offensichtlich dem Plan des kulturellen Völkermordes an den Sudetendeutschen entsprach (A.Bohmann, Das Sud.in Zahlen, S. 77, Anm.12).
8. Im ersten Parlament der CSR sprachen nur sechs der 73 deutschen Abgeordneten fließend Tschechisch. 37 von ihnen verstanden gar kein Tschechisch. Da es keinen Übersetzungsdienst gab, waren die meisten vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen (Manfred Alexander, Kleine Geschichte der böhm Länder, S.403).
9. In der Protektoratszeit drehte man in Prag 144 Filme, also alle 20 Tage einen! (Beer, Hitlers Tschechen, S. 102).
10. In Böhmen wurden die Landtafel, Stadtbücher usw. bis zur Hussitenzeit (1420) in Deutsch oder Latein geführt, dann, bis 1620 (Weißer Berg), in Tschechisch und danach wieder auf Deutsch (JB Mies-Pilsen 24, S.24).
11. An der Universität Paderborn, Institut für Geschlechterforschung, beklagt die Professorin Ilona Horvat, dass das Bild der deutschen Feuerwehren von weißen, heterosexuellen Männern geprägt wird und Frauen und Migranten unterrepräsentiert sind. „Nuhr im Ersten“ (17.1.2019) genügt es aber, dass ein Brand gelöscht wird.
12. Der Präsident der Bundesärztekammer, Montgomery, fordert strengere Überprüfung von Ärzten aus Drittstaaten, da in deren Herkunftsländern Arztdiplome auch gekauft werden könnten (AN, 17.1.19).
13. Martin Luther, der deutsche Reformator, heiratete mit 41 Jahren und hatte sechs Kinder. Dadurch ist er heute Vorfahr für 2.800 (!) Deutsche (ZdF-info, 20.1.19).
14. Die Politik hat möglicherweise ein falsches Feindbild. Nicht Kohlendioxyd (CO_2), sondern Methan ist der Klimakiller Nr. 1. Es ist 80-mal so wirksam und dringt aus stillgelegten Bohrlöchern und aus der Massentierhaltung in die Atmosphäre (Quelle: Netz, „Klimakiller Methan“).
15. Eine Steuer auf die Atemluft ist der Traum jedes Finanzministers. Die EU nähert sich diesem Ziel vorsichtig und auf Umwegen, denn sie plant eine Umweltabgabe für die Hersteller stärker motorisierter Autos (You tube).
16. Energie aus Russland ist um ein Drittel billiger als Lieferungen aus den USA. Um diese Konkurrenz abzuwehren, versuchen die USA verbissen, den Bau der Nord-Stream 2-Pipeline durch die Ostsee zu verhindern.
17. Wegen auslaufender Subventionen fallen bald mehrere tausend Windräder unter die Rentabilitätsgrenze und werden abgebaut. Die Entsorgung der giftigen Rotorblätter ist (Atommüll-ähnlich!) ungelöst (PAZ, 1.2.19).
18. In tschechischen Gymnasien ist Mathematik für die „Matura“ kein Pflichtfach. Man kann dafür eine Fremdsprache wählen. Da rund 80 % der Schüler davon Gebrauch machen, soll ab 2021 Mathematik Pflichtfach werden. (Radio Prag, 27.1.19).
19. Kurz vor dem Ende der Koalitionsverhandlungen wurde 2018 die Einführung eines Lobby-Registers und das Verbot der Tabakwerbung aus dem Vertragsentwurf gestrichen (Spiegel-Online, 18.2.2018).
20. England, Frankreich und die USA hüteten sich, ihre Völker den Versailler Vertrag „einsehen zu lassen“. England unterdrückte auch die Gegenreden der deutschen Delegation (Heise, Entente, S.176).
21. Die Schuldenuhr lief im Januar erstmals etwas rückwärts: Die deutsche Prokopfverschuldung sank in der letzten Januarwoche von 23.267 € auf 23.266 €. Die Gesamtschuld beträgt 1,928 Billionen € (PAZ, 1.2.19).
22. Das tschechische Zeitungswesen begann am 4. Feber 1719, als in Prag die erste Zeitung in tschechischer Sprache erschien. Ihr Name lautete Pražské poštovské noviny (Radio Prag, 5.2.2019).
23. In Slowenien, nahe Marburg an der Drau, wurde eine Gedenktafel der dortigen deutschen Minderheit mit dem slowenischen Wort „Ungeziefer“ überschmiert. (SPÖ-Mitteilungen 6.2.19).
24. Mehrere Zeitungen beklagen in der erfolgreichen deutschen Handball-Nationalmannschaft ein „Migranten-Defizit“.

Kultur ist das, was im Geist zurückbleibt, wenn man alles andere vergessen hat.
Orientalisches Sprichwort

Erich Kästner und die Sudetendeutschen

Erich Kästner schrieb zwei der bekanntesten deutschen Jugendbücher. 1929 gab er die Geschichte „Emil und die Detektive“ heraus und 1933 folgte „Das fliegende Klassenzimmer“.
In letzterem geht es um die Rivalitäten zweier Schülercliquen in einer deutschen Kleinstadt. Die Schüler der Realschule hatten einen Gymnasiasten als Geisel genommen, und seine Mitschüler wollten ihn befreien. Um eine Massenschlägerei zu verhindern, suchten die Anführer beider Cliquen nach einer diplomatischen Lösung. Sie einigten sich auf einen Stellvertreterkampf. Jede Gruppe sollte ihren stärksten Raufbold vorschicken. Gesagt-getan. Doch als der „Gymnastiker“ siegte, weigerten sich die „Realisten“, die Geisel freizugeben. Deren Anführer war blamiert. Er distanzierte sich von seiner Gruppe und bot sich selbst als Geisel an. Damit hatte er seine Ehre gerettet, nicht aber die seiner Clique. Deren Mitglieder wurden als wortbrüchige Strolche, anstandsloses und verachtenswertes Gesindel beurteilt.

Erich Kästner (1899-1974)

Wo ist da aber der Bezug zu den Sudetendeutschen? Er bestand darin, dass der anständige Anführer der wortbrüchigen „Realisten“ den Namen „Egerland“ trug und der für die Wortbrüchigen in den Ring geschickte Kämpfer den tschechischen Namen Wawerka (=Eichhörnchen). Außerdem lautete der Schlachtruf der Realschüler „Ahoi“, ein Ruf, der sich bei den Tschechen in den 1920er-Jahren eingebürgert hatte und noch heute üblich ist. Die Realisten sollten also die Tschechen sein.
Es ist ziemlich ausgeschlossen, dass das alles nur Zufall war. Kästner lebte in Dresden und konnte von dort aus die Vorgänge in Böhmen gut verfolgen. Ihm waren weder die Morde des 4. März 1919 entgangen, noch die nachfolgenden Schikanen gegen die Sudetendeutschen.
Es bleibt aber ein fader Beigeschmack. Einige von Kästners Büchern waren 1933 verbrannt worden. Er stand unter Druck. Da hielt er es für angebracht, sich etwas anzupassen. Die Arbeiten an dem „Fliegenden Klassenzimmer“ begannen im Juni 1933. Am 1. Dezember lag es gedruckt vor. Aber gerade dazwischen hatte die Tschechei das Einfuhrverbot über 98 deutschen Zeitungen ausgesprochen und Henlein die Sudetendeutsche Heimatfront gegründet (am 1. Oktober). Alles Ereignisse, die auf das Buch abfärben konnten.
Für uns Nachgeborenen ist es dennoch schön, einmal ein Buch lesen zu können, in dem nicht der Deutsche, sondern ein anderer der Schurke ist.

Das meiste auf der Welt geht nicht durch Gebrauch, sondern durch Putzen kaputt.
(Erich Kästner)

Die Kolonien melden sich

Indigene Völker gewinnen an Selbstbewusstsein und halten den Kolonialmächten ihre Schandtaten vor. So zeigten Demonstranten in Neuseeland Plakate mit der Aufschrift: *„You are on stolen land“* (Ihr steht auf gestohlenem Land). In Indien errechnete die Professorin Utsa Patnaik eine Wiedergutmachungsforderung an Großbritannien von 45 Billionen US-Dollar (FAZ, 15.1.19, S.16). In der Kolonialzeit sei der ganz überwiegende Teil der indischen Exporterlöse direkt nach London geflossen, während bis zuletzt Millionen Inder sogar hungers starben.
Je mehr Länder auf Heilung alten Unrechts drängen, desto besser für die Sudetendeutschen. Allerdings sollten diese dann auch keine Satzungsänderung gegen den weltweiten Trend anzetteln!

Meinungsstarke Neuseeländer!

NACH 85 JAHREN EIN LEBENS- UND DRESDEN- BEDENKEN

Unser Kamerad, Prof. Erhard E. Korkisch, stellte dem Witikobrief einen Text zur Verfügung, den er nach einem beflügelnden Gespräch mit Freunden spontan zu Papier brachte. Wenige Wochen vor seinem 85. Geburtstage (15. Mai) kann man seine Worte auch als eine beispielhafte Lebensbilanz verstehen. Dem Autor schon jetzt die besten Wünsche!

Resümee eines aus der Heimat Vertriebenen nach einem Arbeitsleben

Vom Wiederaufbau eines kriegszerstörten Landes bis zum Übermaß der Konsum- und Wachstumsideologie unserer Tage.

Für uns Sudetendeutsche aus Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien war Wien die Zentrale, die in monarchischen Zeiten Wunschziel vieler Landsleute sowie tschechischen Mitbürger geworden war. Hier finden sich die Ursprünge und wirksamen verwandtschaftlichen Verbindungen, die sich bis heute ungebrochen auswirken.

Nach Auflösung des österreichischen Vielvölkerstaates am Ende des 1. Weltkrieges setzte man auf das von USA- Präsident Wilson verkündete Friedensprojekt des Selbstbestimmungsrechts alle Hoffnung auf eine beruhigte Zukunft der Völker. Deutschen und Sudetendeutschen blieb dies ein leeres Versprechen, das sich dem Wunsch entgegenstellte, dem neuen Staat Deutsch-Österreich verbunden zu bleiben. Die als Nationalstaat neu gegründete 1.Tschechoslowakische Republik verhinderte mit Waffengewalt die friedlichen Kundgebungen zur Teilnahme an den österreichischen Wahlen mit zu beklagenden Todesopfern (4. März 1919). Die im neu gegründeten Staat für Deutsche unterprivilegierte Lage zwang Viele zur Arbeitssuche in den benachbarten Staaten bereits in den frühen Zwanzigerjahren.

Prof. Korkisch

Der Anschluss des Sudetenlandes an das Reich brachte neuen Aufschwung und u.a. auch die Möglichkeit zur Ausbildung im Dresdner Kreuzchor bis zum negativen Erleben der 4-fachen Vernichtung (13.bis 15.Februar 1945) der bis kurz vor Kriegsende verschont gebliebenen Kultur- und international erklärten Lazarettstadt (143 Lazarette).

Aus dem eingetretenen Chaos mit unverständlich viel Glück entkommen und in die nordböhmische Heimat zurückgefunden, musste diese im Juni 1945 in der "Wilden Vertreibung" verlassen werden und nach sechs Wochen Straßendasein schließlich in Bayern neue Lebensstruktur aufgebaut werden.

Nach dem frühen Erleben der Dresdner Vernichtungs-Orgie mit den im Feuersturm nicht mehr nachweisbaren veraschten Totenmassen, die heute medial und wissenschaftlich übergangen werden, erschien künftig ein ehrgeiziges Streben als sinnlose Eitelkeit. Nicht Karriere spielte die wichtige Rolle, sondern (nach Goethe) die "Notwendigkeit des Tages", d.h. Pflichterfüllung im Baugeschehen nach den Kriegszerstörungen und der Beachtung der verschiedenen Aufbaukonzepte in Städtebau und Objektplanung.

Dresden hatte den früheren Magdeburger Raumplaner Conert zum Leiter der Aufbauplanung gewonnen, der bis 1956 das Ruinengebiet von ca.15- qkm der zerstörten Zentralstadt mittels Bergbauloren völlig freilegen ließ (s. Abb. Trümmerfrauen). Im Gegensatz zum damals bestimmend gewordenen Aufbaubeispiel von Hannover des Stadtbaurats Hillebrecht mit Tangentensystem und Zeilenbebauung hat er in Dresden teilweise frühere Stadtstrukturen zu großzügigen Achsen für Fußgänger- und öffentliche Verkehrsverbindungen geschaffen. So entstanden neue Stadträume mit Anschluss an die weniger von Zerstörung betroffenen Außenbezirke. Das Ergebnis wird heute in einem neuen geläuterten Verständnis von Tradition, Denkmalpflege, Stadtraum und Erreichbarkeit öffentlicher zentraler Funktionen als vorbildlich angesehen.

Das neu geschaffene Dresden wurde so im Wiederaufbau zu einem harmonischen neuen Stadtkörper, der für erstmals Anreisende wie für 1945 Überlebende kaum mehr etwas vom Chaos der totalen Vernichtung erkennen lässt. Für Letztere bleibt nur die Erinnerung an das verbrecherische Geschehen, von dem die Engländer längst als das "deutsche Hiroshima" sprechen. Wer es überlebt hat und die

wegen der Seuchengefahr sofort einsetzenden Leichenverbrennungen und zurückbleibenden Aschenteppiche sehen musste und die damit verbundene Massentötung von Lebenshoffnungen erfasst hat, kann Titelstreben und äußeren Glanz der Lebensführung nicht mehr ernst nehmen.
Doch der arbeitsame Deutsche lässt sich die erwünschte öffentlich Meinung gerne einreden, wenn es auch noch "wissenschaftlich" kaschiert wird, wie es für Dresden mit dem Ergebnis einer Historikerkommission 2010 sogleich medial verbreitet, die Opferzahl minimierend, praktiziert wurde. Napoleon soll vor seinem Abzug nach der Insel Elba vor 200 Jahren eine dies bestätigende Charakterisierung der Deutschen zur Veröffentlichung formuliert haben (Rheinischer Merkur vom 9. Mai 1814): „...Keine Lüge ist so grob ersonnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Albernheit Glauben beigemessen hätten....".
Für die eigene Lebensführung blieb Aufgabe der Pflichterfüllung beim Wiederaufbau, die ehrenvolle Aufträge in den Bereichen der Denkmalpflege (vor allem am Freisinger Dom, dem Herzogschloss Ingolstadt u.a.), im Bereich Städtebau die strukturelle Neuplanung der Technischen Hochschule München in Garching sowie zuletzt eine Reihe von Objektplanungen, vor allem Einrichtungen der Technischen Hochschule (Institute, Mensa u.a.) ergaben. Die Einladung zum Lehrauftrag an die damalige Ingenieurschule Weihenstephan (spätere Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) brachte die eigentliche Erfüllung der Lebensaufgabe, um für ein positiv aufbauendes Verhalten einer fachlichen Jugend förderlich zu sein, die nicht, wie in Dresden, hoffnungslos vernichtet werden sollte. Die dabei entstandene Fachliteratur suchte allein dieses Ziel und fand in 27 Jahren Lehrtätigkeit Bestätigung in der großen Zahl von Absolventen, die dankbar und erfolgreich ihren Weg im Leben gehen.
Freising, 13. Januar 2019
E. E. Korkisch

Experte: Dürre in Tschechien hat sozioökonomische Folgen

Die durchschnittliche Niederschlagsmenge in Deutschland beträgt im Jahr etwa 800 mm. Böhmen lag schon immer etwas darunter. Daher treffen Dürren das Land besonders hart.
So hat sich die hydrogeologische und landwirtschaftliche Dürre in Tschechien nach vier trockenen Jahren in die sozioökonomische Dürre verwandelt. Dies führte der Klimaforscher und Autor des Projekts InterSucho, Miroslav Trnka, aus.
Mit dem Terminus sozioökonomische Dürre wird der Stand bezeichnet, in dem der Wassermangel Folgen für die Produktivität und Stabilität des Systems hat. Sie tritt auf, wenn der Wasserbedarf das Angebot übersteigt. Nach Angaben des Hydrometeorologischen Instituts liege die Niederschlagsmenge auf großen Gebieten des Landes von Januar 2015 bis September 2018 mehr als 500 Millimeter, manchmal auch 700 Millimeter unter dem langfristigen Durschnitt, informierte Trnka in Brünn. Die Frequenz der Dürreperioden steige in den letzten Jahren erheblich, ergänzte er (Radio Prag, 19.12.18).

Regierungsbeauftragte: Tschechen schätzen Menschenrechte zu wenig

(Radio Prag, 9.12.18)
Der tschechischen Gesellschaft sei die Einhaltung von Menschenrechten nicht wichtig genug. Davor warnte die Regierungsbeauftragte für Menschenrechte, Martina Štěpánková, im Vorfeld des Internationalen Tages der Menschenrechte. Es herrsche die Meinung vor, dass die Menschenrechte hierzulande bereits erkämpft seien und nicht mehr weiter geschützt werden müssten, so Štěpánková. Laut der Regierungsbeauftragten äußert sich das unter anderem in der ablehnenden Haltung gegenüber NGOs in Tschechien.
Der Internationale Tag der Menschenrechte erinnert an die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. Der Schutz der Menschenrechte sei wichtiger Bestandteil des Rechtsstaates in demokratischen Gesellschaften, so Regierungsbeauftragte Štěpánková.
(Anm. der Red.: War das auch ein versteckter Hinweis von Frau Step. auf die Sudetenfrage?)

Debakel für den „Spiegel“

Ausgerechnet den „Spiegel“ hat es erwischt. Einer seiner Redakteure, Claas Relotius, hat erfundene Geschichten abgeliefert. Ist das nicht die beste Bestätigung für den Vorwurf der „Lügenpresse“? Wir wollen aber nicht so streng sein. Herr Relotius hat eigentlch nur etwas Kosmetik betrieben und unstrittige Sachverhalte gefällig ausgeschmückt. Das ist doch Routine für jeden, der einen Bildungsauftrag zu erfüllen hat, Aber Moment mal, Bildungsauftrag? Ist das das Geschäft von Zeitungen? Nun ja, „Der Spiegel“ ist eine „linksgestrickte“ Zeitung, und die fühlen sich in Deutschland mitunter berufen, ihre Leser sanft an die Hand zu nehmen, um ihnen die Augen für die Schönheiten „politisch korrekter “ Landschaften zu öffnen. Mitunter kamen auch die Vertriebenen in den Genuss dieser Wohltat.

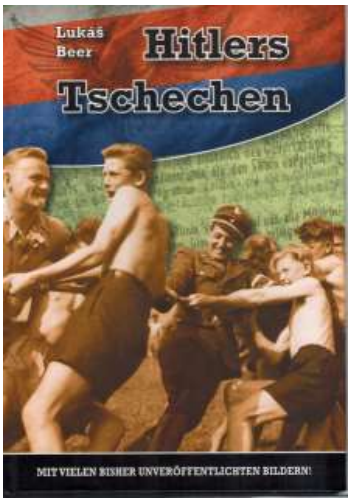
Da gibt es aber noch eine andere Welt. Das ist die Welt des mündigen Lesers. Er möchte nur erfahren, „was ist“. Eine Meinung möchte er sich dazu dann selbst bilden.
Vielleicht gelingt es dem Relotius-geläuterten Spiegel diesen Grundsatz jetzt besser einzuhalten. Beim Fall Sieferle tat er sich noch sehr schwer. Rolf Peter Sieferle rangierte 2016 mit seinem Büchlein „Finis Germania“ in der Spiegel-Bestseller-Liste auf Platz 1. Da das Büchlein inhaltlich nicht ganz den gewohnten PC-Trampelpfaden folgte, verschwand es sang und klanglos von der Liste. Bildungsauftrag eben. Dabei war Sieferle ein früherer SDS-Mann. Sein Fall endete tragisch, denn er wählte den Freitod.

Wenn Politiker nicht mehr weiter wissen, verhängen sie ein Verbot.

Ceterum censeo…

Cato maior (234-149 v.Chr.) pflegte seine Reden mit den Worten zu schließen: „*Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“* (Im Übrigen meine ich, dass Karthago zerstört werden müsse).
Auch wir wollen an den Schluss unserer Vereinszeitschrift ein CETERUM CENSEO setzen. Es nennt die wichtigsten Bestimmungen des VÖLKERRECHTS, unter deren Schutz wir eigentlich stehen, was uns aber verwehrt wird. Das ist umso grotesker, als den Deutschen 1945 deren Nichteinhaltung vorgeworfen wurde.

1. Seit dem vorvorigen Jahrhundert ändert erobertes Gebiet nicht seine staatliche Zugehörigkeit.
2. Die Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907 schützt die Bevölkerung besetzter Gebiete vor Eigentumsverlust und Vertreibung (Art, 46, 2 und Art. 63).
3. Das IV. Rotkreuzabkommen von 1949 verstärkt letzteres noch: die Besatzungsmacht darf keine eigenen Leute einschleusen (Art. 49,6).
4. Das Verbot des Völkermordes 1948 macht die Vertreibung zum unverjährbaren Kriegsverbrechen und die Rückkehr zum unverzichtbaren Recht der Vertriebenen. Das schlug sich 1967 in der Entschließung des Sicherheitsrates Nr. 242 zur Palästinafrage nieder. Durch Krieg kann kein Gebiet erworben werden, Flüchtlinge behalten ihre Rechte.
5. Das Selbstbestimmungsrecht wurde schon in der Satzung der Vereinten Nationen genannt. Seit 1966 steht es in den Menschenrechtspakten an erster Stelle!
6. Die Vertragsrechtkonvention vom 23. Mai 1969 erkennt das Bestehen eines zwingenden Völkerrechts an, das durch keinen Vertrag wegbedungen werden kann. Also sind alle Ostverträge nichtig.



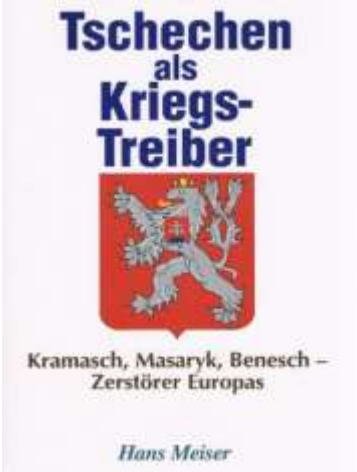
neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)

€ 5,-

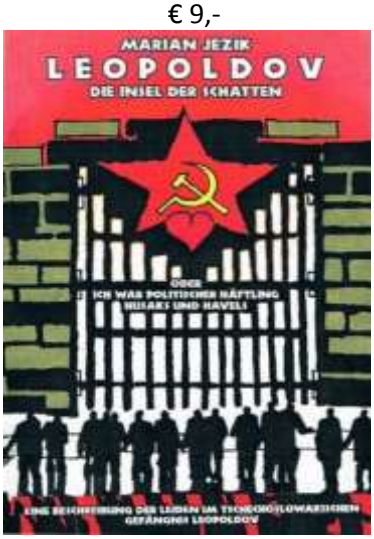
€ 11,-

€ 9,-

Neu! € 16,50

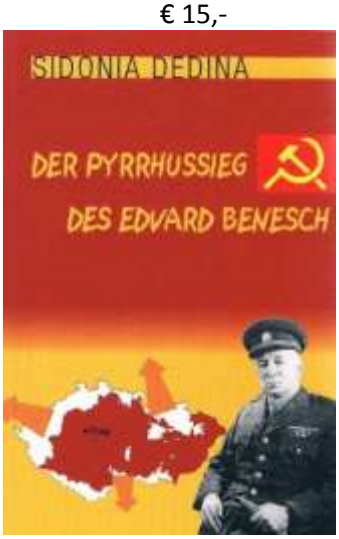


€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post witikobund-bundesverband@freenet.de